

Die Vielfalt universitärer Agenda

Demokratische Bildungs-Instanz, Humboldtsches Wissenschaftsideal, Effizienz und Qualität in Forschung und Lehre

Jürgen Kocka

Im Unterschied zu meinen Vorrednern bin ich kein besonders ausgewiesener Sachkenner hinsichtlich der Dinge, die wir hier debattieren. Ich leite eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung und bin kein Forscher in Sachen Universitätswesen. Praktiker freilich sind wir alle irgendwie. Natürlich, denn wir alle haben einen großen Teil unseres Lebens in der Universität und viele auch in verschiedenen Universitäten, und manche auch in verschiedenen Ländern verbracht. Insofern verhandeln wir hier unsere eigene Sache.

Demokratie und soziale Gerechtigkeit?

Ich will *erstens* etwas zu einer Diskussion sagen, die merkwürdigerweise überhaupt nicht mehr geführt wird. Ich meine die Diskussion über die Demokratisierung der Universitäten. Soweit Sie aus der Bundesrepublik, aus der alten Bundesrepublik, kommen und mein Alter haben, vielleicht etwas jünger oder etwas älter sind, werden Sie sich daran erinnern, dass wir in den sechziger, siebziger auch noch in den frühen achtziger Jahren, ständig über die Rechte und Teilnahmerechte der verschiedenen Gruppen in den Universitäten diskutiert haben. Über die Rechte der Studenten und der Mitarbeiter und der Hochschullehrer, über Paritäten, über Gremien, über Transparenz etc. Diese Debatte ist so gut wie weg. Ist sie weg, das wäre nun meine Frage, weil das alles so gut gelöst ist? Oder warum finden wir das nicht mehr wichtig? Aus dieser Debatte entstand seinerzeit die Gruppenuniversität, die wir im Prinzip immer noch haben, wenn sie sich auch verändert hat, zum Beispiel, was die Paritäten angeht. Aber diskutiert wird darüber überhaupt nicht mehr. Der Gesichtspunkt Demokratisierung und Wissenschaft, Demokratisierung und Hochschulen ist aus dem Diskussionsstand heraus. Meine Frage wäre: warum?

Zweitens, wie mein Vorredner auch, möchte ich etwas zum Problem soziale Gerechtigkeit sagen. Auch das ist keine zentrale Thematik der gegenwärtigen Diskussion. Wir debattieren über all die Universitätsprobleme und Reformen derzeit – wenn ich es richtig sehe – nicht primär unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit. Das Thema kommt bisweilen auf, insbesondere wenn es um Studiengebühren geht, aber zentral ist es augenblicklich nicht. Dabei ist es interessant, denn zweifellos verhilft eine Universitätsausbildung dazu, an den knappen Gütern und Lebenschancen mehr zu partizipieren, als wenn man diese Hochschulausbildung nicht hat. Das Haben oder Nichthaben von Hochschulausbildung ist also ein Faktor, der über den Zugang zu Lebenschancen der verschiedensten Art mitentscheidet – und zugleich wissen wir, dass der Zugang zu den Hochschulen, also zu der Institution, in der dann über solch ungleiche Verteilung mit entschieden wird, selber abhängt von einer Reihe sozialer Fak-

toren, wie Familienzugehörigkeit, Schichtzugehörigkeit etc. Soziale Verteilungsgerechtigkeit, Zugangsgerechtigkeit und Hochschulbildung hängen irgendwie zusammen. Ich frage mich, warum dieses Thema trotzdem relativ weit in den Hintergrund getreten ist und habe dazu zwei Teilantworten. Einerseits haben sich die hohen Erwartungen, die wir von den sechziger bis zu den frühen achtziger Jahren an die Hochschulausbildung und die Reform der Hochschulausbildung und der Universitäten hatten, als ein Mittel mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen, im Großen und Ganzen nicht erfüllt. Es hat sich über die Jahrzehnte – so scheint es mir – eher gezeigt, dass die familiäre Herkunft *vor* dem Gang in die Schule und die Hochschule ein außerordentlich prägender und mitentscheidender Faktor ist, der von der Organisation des Zugangs zu den Hochschulen und durch die Organisation des Betriebs in den Hochschulen selbst nur wenig beeinflusst werden kann.

Zu diesem Aspekt noch eine Bemerkung im Zusammenhang mit der Diskussion über die Studiengebühren. Im Ernst, mir leuchtet nicht ein, dass das Fehlen von Studiengebühren besonders sozialgerecht ist. Unser System läuft doch eigentlich darauf hinaus, dass die *Kosten* der Universitätsausbildung *sozialisiert* sind, nämlich in den allermeisten Fällen vom Steuerzahler getragen werden. Während der *Nutzen privatisiert* ist, den jemand durch die Hochschulausbildung hat. Und es will mir nicht in den Kopf, was daran sozial gerecht sein soll. Außerdem zeigen Vergleiche zwischen Ländern, die Studiengebühren haben, mit Ländern, die wie wir keine oder kaum welche haben, dass der Zugang zu den Hochschulen bei den letzteren nicht gleicher, demokratischer gegenüber den Ländern ohne Studiengebühren ist. Also gerade unter dem Gesichtspunkt soziale Gerechtigkeit denke ich, sollte man noch einmal kräftig über die Studiengebühren nachdenken.

Humboldt einst – Humboldt heute

Dritter Punkt: Humboldt. Bewegen wir uns wirklich und sogar schneller als in den letzten Jahrzehnten weg von Humboldt, so dass man einen Alarmruf ausstoßen müsste? Nein, in einigen Zusammenhängen sind wir schon lange und sehr weit von der Humboldtschen Universitätsidee entfernt. Denken Sie an die Bedeutung der Philosophie, die in Humboldts Idee der Universität zentral war. Eine Leitwissenschaft, ein Zentrum aller Bildungsbemühungen, ist die Philosophie seit hundert Jahren nicht mehr; sie spielt im Fächerkanon aus guten Gründen eine eher marginale Rolle. In anderen Hinsichten bewegen wir uns aber nicht von Humboldt weg, im Gegenteil. Was die Autonomie der Universität relativ zum Staat angeht, so sehe ich sie nicht bedroht. Im Gegenteil, in einigen Punkten nimmt die Autonomie der Universitäten derzeit – relativ zum staatlichen Eingriff – sogar zu. Globalhaushalte, Kuratorien, Experimentierklauseln aller Art sind neu, und der Beamtenstatus ist ja im Großen und nicht wirklich bedroht. Der Beamtenstatus gewährleistet weiterhin ein hohes Maß an Autonomie gegenüber staatlichen Eingriffen. Die Wissenschaftlichkeit der Ausbildung, finde ich, hat übers letzte Jahrhundert im Sinne von Durchprofessionalisierung eher zugenommen, und in dem Maße, in dem das geschieht, wird auch über die Inhalte dessen, was an den Universität gelehrt und geforscht wird, nicht von Seiten des Staates, sondern eher von Seiten der Wissenschaftler entschieden.

Also, in einer Hinsicht, im Falle der Philosophie, ist Humboldt schon lange passé, in anderer Hinsicht werden wir eher „humboldtianischer“ als wir waren, und in einem dritten Punkt finden wir ein Einerseits und Andererseits.

Dieser dritte Punkt ist die Einheit von Forschung und Lehre. Das war ja wohl eine Grundidee der Humboldtschen Universität, an der sich nach meiner Ansicht, jedenfalls in den Fächern, die ich eher kenne – ich bin Historiker – auch wirklich festzuhalten lohnt. Aber wir beobachten dabei eine große Zunahme von Differenzierungen. Ich schließe hier, Herr Pastermack, an Ihre Bemerkung an: Wir können und müssen doch, denke ich, in der Zunahme von Differenzierungen auch eine gewisse Relativierung der Einheit von Forschung und Lehre sehen. Der Unterschied zwischen Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten wurde schon genannt. Mindestens ist das typische Mischungsverhältnis zwischen Lehre und Forschung in diesen verschiedenen Hochschulformen und Institutionen verschieden. Es gibt im Augenblick die Tendenz, zwischen Bachelor- und Master-Ausbildung schärfer zu unterscheiden, was in unserem System in den meisten Fächern bisher nicht vorgesehen war. Aber damit unterscheiden wir auch stärker zwischen forschungsnahen Studienphasen einerseits und ganz stark auf Lehre, auf Vermittlung des Stoffes und auf Grundwissen konzentrierten Phasen andererseits. Das dürfte auch eine Differenzierung innerhalb der Dozentschaft nach sich ziehen, so dass wir, und das haben ja bereits einige Vorredner gesagt, eine Zukunft vor uns haben, in der primär oder fast ausschließlich lehrendes Personal und primär oder fast ausschließlich forschendes Personal unterschieden werden.

Außerdem haben wir natürlich die Trennung zwischen außeruniversitärer Forschung und universitärer Forschung, besonders – und seit langem – in der Technik und in den Naturwissenschaften. Das ist auch eine Relativierung des alten Humboldtschen Prinzips der Einheit von Lehre und Forschung. Zu Recht, finde ich, in diesem Punkt mindestens, und um so mehr, je größer das System wird. Ferner: damals, in den sechziger Jahren, wurden zwei bis vier% eines Jahrgangs in das tertiäre Bildungssystem integriert, heute sind es über zwanzig und man möchte dreißig und vierzig Prozent haben. Aber wenn wir ein solches Wachstum des tertiären Systems haben, brauchen wir eine innere Differenzierungen, sogar eine Zunahme innerer Differenzierungen. Man kann systemtheoretisch ableiten, warum das notwendig ist. Und es lässt sich so auch beobachten.

Allerdings ist in solch einem großen System nicht alles von außen steuerbar. Es muss sich irgendwie im Inneren selbst steuern. Aber das wird es nicht tun, wenn es nicht ausdifferenziert ist, wenn es nicht unterschiedliche Institutionen mit unterschiedlichen Profilen gibt, zwischen denen gewählt werden kann. Wenn es nicht zwischen den Institutionen künftig mehr Wettbewerb gibt, mehr als wir jetzt haben. Unsere Föderalismusdiskussion übrigens würde ich auch in diesem Zusammenhang sehen. Vielleicht kommen wir darauf noch extra zurück. Und wenn die innere Differenzierung aus guten Gründen weiter zunimmt, dann wird dies die Grundidee der Einheit von Forschung und Lehre immer mehr relativieren. Und das ist gut so, es kann, denke ich, nicht anders sein.

Viertens in Kürze nur noch eine Frage: Ich bin wie Herr Kreckel und andere in unserer Runde der Meinung, dass wir weit davon entfernt sind, marktwirtschaftliche Hochschulen zu bekommen. Nein, marktwirtschaftliche Akteure sind unsere Hochschulen derzeit nicht, und ich sehe das auch nicht wirklich auf uns zukommen. Andererseits wird sehr viel von der Ge-

fahr der Ökonomisierung geredet. Die Autonomie der Universitäten sei heute nicht mehr, wie zu Humboldts Zeiten, durch den Staat bedroht, sondern sie sei durch die Ökonomie bedroht, durch die Wirtschaft und deren Übermacht. Das ist auf dem Podium hier mehrfach angeklungen. Darum meine Bitte, geben Sie mir Beispiele. Wo passiert das derzeit in der Bundesrepublik? Ich sage nicht, dass das nicht passiert. Ich möchte das aber besser verstehen können. Der Hinweis auf Studiengebühren reicht nicht. Auch dass sich in Berlin eine Initiative „An morgen denken“ bildet, in der Wirtschaftsvertreter und Wissenschaftsvertreter zusammenarbeiten, ist kein Beweis. Also ich möchte wirklich verstehen, wie die Ökonomisierung der Hochschulen sich im Augenblick so vollzieht, dass wir Warnzeichen aufrichten müssen. Im Übrigen: ein bisschen mehr Markt in diesem System könnte helfen. Auch im Zusammenhang mit den Studiengebühren.

Dazu will ich Ihnen eine passende Geschichte erzählen: Ich bin seit 1984/85 ein Befürworter von Studiengebühren. Übrigens habe ich im Wissenschaftsrat Anfang der 90er Jahre einmal zwei Abstimmungen im Plenum und in der Wissenschaftlichen Kommission verloren, weil ich der Einzige war, der die Möglichkeit von Studiengebühren bejahte. Meine Erfahrung kam aus einem Gastaufenthalt 1984/85 an der Universität in Chicago. Ich hatte Seminarprogramm schon in Deutschland gemacht und nicht gemerkt, dass der ‚thanksgiving day‘, ein Feiertag war. Dann kam dieser ‚thanksgiving-day‘ im Herbst, und an diesem Tag fielen Vorlesung und Seminar aus. Da habe ich dann an einem der nächsten Tage diese Vorlesung und das Seminar dazu nachgeholt. Nachdem ich das gemacht hatte, kam eine kleine Abordnung von Studierenden zu mir und sagte: „Thanks, professor for putting these additional hours in.“ Und ich hab’ mir gesagt, das wäre mir in Deutschland nicht passiert.

(Einwurf eines Hörers: So ist ja ein Feiertag auch nicht gemeint, dass man ihn nacharbeitet.)

Eben. Aber diese Studenten da wussten, wie viel Wert aufwändige, hochbezahlte Lehre hat. Wie viel sie wert ist, denn sie und ihre Eltern hatten die Ausbildung bezahlt und so verstanden sie sich mir gegenüber in einer Forderungshaltung. Und die hatten sie in diesem Falle freundlich ausgedrückt, die hätten sie aber anders ausdrücken können, nämlich wenn ich meine sechs Stunden nicht absolviert oder wenn ich Leute eine Stunde vor der Sprechstundentür warten gelassen hätte. Es ging um Gebühren – also kann man fordern und es wurde gefordert. Dieses Forderungsbewusstsein fehlt in unserem System weitestgehend und die Studiengebühren könnten dem aufhelfen.

Leistungsbewertung – Leistungsvergleich

So viel erstens zur Demokratisierung, zweitens zur sozialen Gerechtigkeit, drittens zu Humboldt, viertens zur Ökonomisierung.

Ein *fünfter Punkt* noch, und mit dem komme ich dann zum Ende. Wissen wir eigentlich, welche Qualität die deutschen Universitäten im internationalen Vergleich haben? Zweifellos, man hat schon elementare Erfahrungen, wenn man nur an wenigen Universitäten an der Ost- und Westküste der Vereinigten Staaten studiert oder gelehrt hat. Da gewinnt man schon sehr deutlich ein Gefühl dafür, dass dort mehr geleistet, härtere Leistungen abgefordert, eine höhere Qualität verlangt wird. Aber an vielen europäischen Universitäten hat man dieses Gefühl

nicht unbedingt. Dort wird eher mit noch mehr Wasser gekocht als bei uns, denke ich. Also, welches sind unsere Vergleichsmöglichkeiten? Die Tatsache, dass wir kaum noch Nobelpreisträger haben im Vergleich mit anderen Ländern, scheint mir ein wichtiger Indikator zu sein. Aber so ganz sicher bin ich ehrlich gesagt nicht, was die Qualitätsbeurteilung im internationalen Vergleich angeht. Ich denke jedoch, dass das sehr vieles besser werden muss und werden wird. Ich glaube, dass die incentives, also die Anreize und die Sanktionen innerhalb der Universitäten noch nicht optimal gesetzt sind. Wie Sie eben sagten, Herr Pasternack, wenn es Tendenzen zur Verwahrlosung gibt in der Praxis von Hochschullehrern oder in der Praxis von Studierenden, dann fällt das noch unter Spielräume, die wir an den Hochschulen immer haben. Das wird nicht sanktioniert. Es gibt Tendenzen zum Sich-nicht-kümmern, die unter dem Gesichtspunkt der Freiheit von Forschung und Lehre fälschlich legitimiert werden. Und wenn da etwas mehr Durchorganisation und vielleicht auch der eine oder andere Marktanreiz gesetzt würde, fände ich das gut.

Ich habe 1973 in Bielefeld als Professor zu arbeiten begonnen. Bielefeld war eine Reformuniversität. Ich erinnere mich, dass wir damals eine Studierendenkartei einführen wollten, die es erleichtern sollte, an die Studierenden heranzukommen, um regelmäßiger und häufiger mit ihnen über ihre Studienleistungen zu diskutieren. Die Universität war anfangs sehr klein. Da war das möglich, und es war Teil eines Reformprojektes. Aber es ist innerhalb von einem Semester gestorben. Aus zwei Gründen: Erstens, es hätte sehr viel zusätzliche Arbeit gekostet und wir als Hochschullehrer waren deshalb nicht absolut begeistert darüber. Und zweitens, die Studenten haben das als ein Maß an Kontrolle und Intervention aufgefasst, gegen das sie glaubten, sich wehren zu müssen. Also im Interesse der Freiheit der Lehre und der Freiheit des Studierens wurde dieses Stück Reform, was wir uns damals vorgenommen hatten, abgebrochen. So etwas gibt es immer wieder.